

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Stabilität - Subventionen -  
Außenhandel - Japan - DDR-Polen**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: Stabilität - Subventionen - Außenhandel - Japan - DDR-Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 1, pp. 7-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134487>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# KURZ KOMMENTIERT

## Stabilität

### Wann kommt der Konjunkturzuschlag?

Steuererhöhungen – so äußerten sich die wirtschafts- und finanzpolitischen Exponenten der Regierungsparteien sowohl unmittelbar vor als auch nach der Wahl zum 7. Deutschen Bundestag – werde es 1973 nicht geben, und über einen möglichen Konjunkturzuschlag sei erst dann zu entscheiden, wenn die Auswirkungen des Verhaltens der autonomen Gruppen auf den weiteren Verlauf der Preiskurve im Jahre 1973 zu erkennen seien.

Nun liegt aber die voraussichtliche Preisentwicklung keineswegs völlig im dunkeln. Der Bund hat seinen Ausgabenrahmen für 1973 auf 120,4 Mrd. DM fixiert, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahresetat von 10,5 % entspricht. Da der Bundesetat eine gewisse Signalwirkung hat, werden auch die anderen Gebietskörperschaften mit ähnlichen Ausgabezuwachsarten aufwarten. Auch im privaten Sektor steigt die Nachfrage an. Wie das BMW im letzten Monatsbericht selbst feststellt, hat der konjunkturelle Anstieg der Nachfrage sogar an Kraft gewonnen, ohne daß die Produktion mit einer entsprechenden Ausweitung reagieren würde.

Bei dieser Nachfragekonstellation bedarf es keiner prophetischen Fähigkeiten, weiterhin steigende Preise vorauszusagen. Nimmt die Bundesregierung ihr erklärtes Ziel des Kampfes um größere Preisstabilität ernst, so muß die private Nachfrage zurückgedrängt werden, wenn die öffentlichen Haushalte nicht beschnitten werden können oder sollen. Da eine kurzfristige Änderung der Steuertarife technisch kaum durchführbar ist, bietet sich die vom Sachverständigenrat angeregte Erhebung eines Konjunkturzuschlages zwingend an. Wichtig für eine erfolgreiche Nachfragedämpfung ist seine Ausgestaltung: Der Zuschlag muß bei der Bundesbank stillgelegt werden und darf weder befristet noch rückzahlbar sein.

Wenn sich die Bundesregierung zu diesem Schritt noch nicht durchringen konnte, so vielleicht um zu verhindern, daß die Gewerkschaften den Konjunkturzuschlag in den anstehenden Lohnrunden einzubeziehen versuchen. Kommen jedoch muß der Konjunkturzuschlag, soll nicht das Jahr 1973 erneut zu einem Rekordjahr der Preissteigerungen werden. li

## Subventionen

### Keine Entlastung für die Bundesbank

Die Bundesbank hat sich in jüngster Zeit in die Reihen derjenigen eingefügt, die eine Reduzierung der öffentlichen Subventionen und Steuervergünstigungen als Beitrag der staatlichen Fi-

nanzpolitik zur Stabilisierung des Preisniveaus fordern. Gekürzt werden sollten nach Meinung der Bundesbank die Zins- und Tilgungssubventionen und die niedrig verzinslichen Darlehen für den Wohnungsbau und im Bereich der Strukturpolitik sowie die Sparförderung. Die Bundesbank ist der Ansicht, daß hierdurch ihre Geld- und Kreditpolitik unterstützt werden kann. Denn durch diese Subventionen werden wichtige Bereiche der inländischen Investitionstätigkeit einer restriktiven Geldpolitik entzogen.

Aus der Sicht der Bundesbank ist diese Forderung konsequent und gerechtfertigt. Als Hüterin der Währung haben für sie gegenwärtig alle Maßnahmen zur Rückgewinnung der Preisstabilität absolute Priorität. Zielkonflikte können sich allerdings für die staatlichen Instanzen ergeben. Die Bundesbank knüpft nämlich mit ihren Empfehlungen in erster Linie an die Wohnungsbau- und Sparförderung an. Die staatlichen Vergünstigungen in diesen Bereichen verfolgen jedoch wichtige gesellschaftspolitische Zielsetzungen, und zwar eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.

So begrüßenswert eine Beseitigung bzw. eine Durchforstung des Subventionsdickichts grundsätzlich ist, so falsch wäre es jedoch, sie allein auf Kosten dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Ziele vorzunehmen. Deshalb kann ein Abbau staatlicher Vergünstigungen sinnvollerweise nur im Rahmen einer Neu- bzw. Umgestaltung des Steuersystems erfolgen, der diesen Aspekten Rechnung trägt. Als kurzfristiges Instrument zur Stabilisierung des Preisniveaus kann aus diesen Gründen ein partieller Subventionsabbau nicht erwünscht sein, so daß die Bundesbank in ihrem Kampf um Preisstabilität von dieser Seite keine Entlastung erwarten kann. vs

## Außenhandel

### Rekordexportüberschuß für 1972

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes betrug der Aktivsaldo der Handelsbilanz der ersten elf Monate des vergangenen Jahres 17,3 Mrd. DM gegenüber 14 Mrd. DM im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik wird daher im abgelaufenen Jahr voraussichtlich mit einem Exportüberschuß von rund 20 Mrd. DM abgeschlossen haben. Damit würden der Überschuß von 1971 in Höhe von 15,8 Mrd. DM und sogar das Rekordergebnis von 1968 (18,4 Mrd. DM) übertroffen werden. Für die Importe wird nach ersten Schätzungen ein Volumen von 129 Mrd. DM erwartet, was rund 8 % über dem Vorjahresergebnis liegt. Die Exporte dürften mit 10 % auf etwa 149 Mrd. DM angewachsen sein.

Der Exportüberschuß ist in der erzielten Höhe jedoch aus zahlungsbilanzpolitischen Überlegungen erforderlich, da Auslandsreisen, die Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer, Zahlungen an internationale Organisationen, Patentgebühren und andere Übertragungen Devisen kosten. Schon 1971 schloß die Leistungsbilanz aufgrund starker Passivposten der Dienstleistungsbilanz (- 4,8 Mrd. DM) und der Übertragungsbilanz (- 10,5 Mrd. DM) nur mit einem Überschuß von 584 Mill. DM ab. Für die ersten drei Quartale 1972 ergibt sich ein Minus von 1,6 Mrd. DM, und für 1973 erwartet die OECD sogar ein Defizit von 3,2 Mrd. DM in der deutschen Leistungsbilanz.

Für eine von manchen ausländischen Konkurrenten gewünschte DM-Aufwertung besteht also trotz eines Rekord-Exportüberschusses keine Notwendigkeit. Hinzu kommt, daß für 1973 zwar mit einem weiteren zügigen Exportwachstum zu rechnen ist, die Wareneinfuhr jedoch aufgrund der starken binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte einen noch stärkeren Anstieg zu verzeichnen haben wird, so daß sich der Exportüberschuß gegenüber 1972 vermutlich um ca. 2 Mrd. DM zurückbilden wird. hh

#### Japan

### Yen jetzt stärkste Währung der Welt

Wenn in der Bundesrepublik über die Stärke von Währungen gesprochen wird, bleibt die neuere wirtschaftliche Entwicklung in Japan leicht außer Betracht.

Nach der Aufwertung des Yen im Rahmen des Realignment vom Dezember 1971 um 17 % gegenüber dem Dollar und der daraus folgenden erheblichen Verteuerung japanischer Güter auf den Weltmärkten war allgemein mit einer erheblichen Verringerung des japanischen Ausfuhrüberschusses gerechnet worden. Doch im Außenhandel Japans zeigte sich eine zu geringe Elastizität der Nachfrage in bezug auf die Preise, als daß die Überschüsse hätten abgebaut werden können: In Dollar gemessen sind sie seit dem Herbst 1971, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, unverändert hoch geblieben. Dadurch wurde schließlich eine erneute Aufwertungsspekulation gefördert; die Währungsreserven erreichten im November vergangenen Jahres einen Höchststand von 18,4 Mrd. Dollar.

Diese Entwicklung verstärkte zwangsläufig im Ausland, namentlich in den USA, die Forderung, den Yen erneut aufzuwerten. Wenn die japanische Regierung zunächst auch mit einem neuen wirtschaftspolitischen Programm die gegenwärtige Parität des Yen zu verteidigen sucht, so bedeutet dies nicht, daß sie sich gegen eine neue Aufwertung entschieden hat. Strittig ist gegenwärtig vermutlich allein der Termin. Die ungebrochene inter-

nationale Konkurrenzfähigkeit japanischer Produkte zeigt sich nicht zuletzt in dem starken Anstieg der Ausfuhr nach Westeuropa. Auch der im Verlauf des vergangenen Jahres einsetzende konjunkturell bedingte Preisauftrieb auf der Erzeugerstufe hält sich noch in außenwirtschaftlich ungefährlichen Grenzen, zumal er kaum die Kostenentwicklung widerspiegelt. Die außerordentlichen Produktivitätsfortschritte in der jetzigen Aufschwungsphase dürften vielfach sogar eine Senkung der Lohnstückkosten ermöglicht haben.

Insgesamt stempelt die Entwicklung von Außenhandel, Devisenkursen, Währungsreserven sowie von Stückkosten und Preisen in Japan gegenwärtig den Yen zur stärksten Währung der Welt. jf

#### DDR – Polen

### Negative Liberalisierungserfahrungen

Seit dem 1. Januar 1972 konnten die polnischen Bürger und die Staatsangehörigen der DDR, wenn sie einen gültigen Ausweis und Ostmark bzw. Zloty besaßen, die gemeinsame Grenze als Touristen überschreiten, um im Nachbarland einzukaufen. Diese Liberalisierung ist inzwischen jedoch wieder erheblich eingeschränkt worden: Seit dem 1. Januar 1973 gelten erneut die normalen Zollsätze für die Touristen. Die polnischen Behörden begrenzten bereits ab November 1972 die Devisenausfuhr auf 200,- Ostmark, und die DDR-Behörden hoben eine Freigrenze für Geschenkartikel in Höhe von 100,- Ostmark auf und verhängten außerdem eine totale Ausfuhrsperr für ganz bestimmte Waren durch polnische Touristen.

Offenbar hatten die Politiker der beiden Staaten die Attraktivität des freien Grenzverkehrs – besonders für die polnischen Bürger – unterschätzt, als sie im November 1971 die Liberalisierungsbeschlüsse faßten. Denn etwa 16 Mill. Touristen haben im Jahr 1972 die Vorteile der offenen Grenze ausgenutzt und im Nachbarland die Güter eingekauft, die sie im eigenen Land nicht oder nicht so billig erhielten. Sie haben damit auf individueller Ebene das geleistet, was der gegenseitige Außenhandel bisher nicht vermochte: eine halbwegs zufriedenstellende Warenversorgung. Aufgrund der gegenwärtigen Angebotsstrukturen führte das jedoch zu fühlbaren Belastungen der polnischen Zahlungsbilanz und zu erheblichen Versorgungsengpässen in der DDR.

Trotz dieser ersten negativen Liberalisierungserfahrungen werden die Verantwortlichen in Warschau und in Ost-Berlin das Ziel einer sukzessiven Öffnung der Grenzen weiter im Auge behalten, da es ganz im Sinne einer Verwirklichung des „Komplexprogramms“ – dem Integrationsprogramm der RGW-Staaten – ist. pw